

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Rat	15.03.2016

Stand der Umsetzung des papierlosen Rates

Die Piraten Gruppe im Rat der Stadt Köln stellt folgende Fragen:

1. Wann wird der Evaluierungsbetrieb offiziell beendet und dem Rat ein umfangreicher Bericht vorgelegt?
2. Wie beurteilt die Stadtverwaltung aufgrund der nun vorliegenden Erfahrungen das Kosten-Nutzen-Verhältnis?
3. Wie sind die Erfahrungen hinsichtlich Akzeptanz und technischer Umsetzung?
4. Welche weiteren Erkenntnisse liegen der Stadtverwaltung vor, und welche Erfahrungen ergaben sich in der Evaluierungsphase hinsichtlich Datensicherheit und Datenschutz?
5. Wie sieht die weitere Vorgehensweise aus, und welche darüber hinaus gehenden Möglichkeiten zur Nutzung sind denkbar bzw. haben sich während des Evaluierungsbetriebes ergeben?

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1: Der Evaluierungsbetrieb zum elektronischen Versand der Sitzungsunterlagen ist abgeschlossen. Die Ergebnisse wurden dem Arbeitskreis Mobile Gremienarbeit in der Sitzung am 27.10.2015 mitgeteilt. Sie sind als Anlage Teil der Vorlage (3516/2015), die sich derzeit im Beratungsgang befindet und für die Ratssitzung am 10.05.2016 vorgesehen ist.

Zu 2: Von den in 2014 angefallenen Druckkosten in Höhe von rund 266.000,00 Euro sind rund 186.000 Euro fixe Kosten, die z.B. für Raummiete und Personalkosten anfallen. Lediglich 80.000,00 Euro sind variable Kosten (z.B. Papier, Kopierclicks), die entsprechend einer möglichen Leistungsreduzierung eingespart werden könnten.

Somit können jährlich bis zu 212.600,00 Euro (132.600,00 Euro Postservice und 80.000,00 Euro variable Druckkosten) eingespart werden, unter der Voraussetzung, dass sich alle Ratsmitglieder am elektronischen Versand der Sitzungsunterlagen beteiligen und auf jegliche Druckstücke verzichten.

Den maximal zu erzielenden Einsparungen in Höhe von jährlich 212.600,00 Euro stehen für den laufenden Betrieb jährliche Aufwendungen in Höhe von 156.475,96 Euro, sowie jährliche Abschreibungen in Höhe von 81.873,46 Euro gegenüber. Der aus dem städtischen Haushalt zu finanzierende Betrag beläuft sich somit auf jährlich 25.749,42 Euro, wenn alle Personen auf

Papierunterlagen verzichten. Die doppelte Bereitstellung der Unterlagen in digitaler und in Papierform wäre in jedem Fall wirtschaftlich nicht vertretbar. Insbesondere der Wunsch einzelne umfangreiche Vorlagen in Papierform anfordern zu können verursacht einen sehr hohen (Kosten-) Aufwand, der die digitale Bereitstellung der Unterlagen in Frage stellen würde.

Neben den pekuniären Vorteilen bietet die mobile Bereitstellung der Sitzungsunterlagen für die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger den Vorteil, dass die Unterlagen immer auf dem aktuellsten Stand und auch im System recherchierbar sind. Das Tablet bietet darüber hinaus die Möglichkeit auf Mails, Geodaten und die Internetrecherche zurückgreifen zu können.

- Zu 3: Die überwiegende Zahl der Pilotteilnehmer beurteilt die mobile Ratsarbeit positiv. Bei der technischen Umsetzung gab es an unterschiedlichen Stellen Optimierungsbedarf, der zum größten Teil bereits umgesetzt wurde. Nähere Informationen ergeben sich aus der in den Beratungsgang gegebenen Vorlage (3516/2015).
- Zu 4: Im Zusammenhang mit dem mobilen Zugriff auf die Sitzungsunterlagen hat die Verwaltung die Datenschutzklassifizierung der Informationen in SessionNet überprüft und von bisher „C“ auf Stufe „D“ angehoben. Die Geräte, die Infrastrukturkomponenten sowie die Zugangsmechanismen müssen die Anforderungen der Datenschutzstufe D sowie den hohen Schutzbedarf für sensible Informationen (IT-Sicherheit) erfüllen. Die Anforderungen definieren sich aus dem BSI Grundschutzkatalog und werden durch erweiterte Maßnahmen der Stadt Köln ergänzt. Dazu gehört eine integrierte 2-Faktor- Authentifizierung des Nutzers. Dabei muss der Nutzer seine Identität durch Kombination von zwei verschiedenen, voneinander unabhängigen Faktoren nachweisen.
- Zu 5: Im Evaluierungsbetrieb wurde vielfach der Wunsch geäußert, dass ein gemeinsamer Datenzugriff ermöglicht werden soll. Von Seiten der Verwaltung wird hier eine Cloud-Anbindung geprüft.

gez. Reker